

**Schöne Ferien!
Aber nicht
von der Politik.**

Foto: M. Walter



Lothar Bisky im Gespräch mit den Mitgliedern des PDS-Bezirksvorstandes Christine Hempel und Dr. Bernd Ihme während der Basiskonferenz am 13. Juni

dann muss man auch kontroverse Reaktionen des Publikums ertragen können. Wesentlicher scheint mir, dass Menschen, die nicht am Parteitag teilgenommen haben, das Gefühl haben, er habe etwas für sie gebracht. Die Diskussion von Dietmar Bartsch um die Erhöhung der Mehrwertsteuer – ein alter CDU-Vorschlag – gehört sicher nicht dazu. Wichtiger sind Botschaften wie die Stärkung der Solidarsysteme, zum Beispiel durch die Forderung nach der Rente von allen für alle.

Lothar Bisky:

„... eins weiß ich: Flügel sind zum Fliegen da und nicht zum Absturz!“

Eine Delegierte traf meiner Meinung nach den Nagel auf den Kopf, als sie davon sprach, wir hätten den Kampf um die Köpfe und Herzen verloren. Der Widerstand der Gewerkschaften gegen die Agenda 2010 ist schwach, der Streik für die 35-Stunden-Woche endete erfolglos. In der allgemeinen Meinung hat sich durchgesetzt, dass sich ja irgend etwas ändern müsse, Einschnitte wären – so schmerzhaft sie auch seien – unvermeidlich. Der Verweis auf Steuerflüchtlinge, Bevorteilung der Reichen wird häufig nur müde und resigniert belächelt.

Unsere Aufgabe als PDS sehe ich darin, konkret darüber aufzuklären, dass z. B. die vorgezogene Steuerreform jemandem, der nur 15000 Euro im Jahr verdient, 22,25 Euro im Monat einbringt. Wer allerdings ein Jahreseinkommen von einer Million Euro hat, hat zusätzlich 67000 Euro in der Tasche. Interessant ist, dass die „FAZ“, aber auch die „Bild“-Zeitung die Steuerersparnisse in ihren Tabellen nur bis zu einem Jahresgehalt von 100000 Euro berechnet haben. Einkommensmillionäre gibt es in diesen Blättern gar nicht. In meinem neuesten Flugblatt aus der Serie „kurz&bündig“ lege ich konkrete Zahlen vor. *(Diese Flugblätter sind in der Kowalkestraße 14 und in der Ahrenshooper Straße 5 erhältlich.)*

Gabi Zimmer:

„Die PDS ist kein Selbstzweck, und sie darf nicht länger Spielwiese von Ego-manen sein.“

Wichtig erscheint mir, dass wir auf der Grundlage von Zahlen und Fakten genau argumentieren können. Dann ist die Partei auch gut für die von Lothar Bisky angekündigte politische Sommertour gerüstet. Auch aus einem Sommerflirt kann etwas Politisches werden.

Die Köpfe und die Herzen wiedergewinnen

von Dr. Gesine Löttsch, Mitglied des Deutschen Bundestages

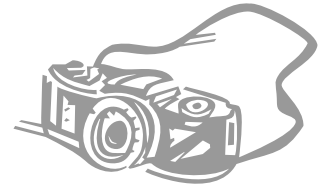
„Mit der Wahl von Lothar Bisky ist die Krise der PDS beendet“, rief ein Delegierter auf dem Parteitag der PDS aus. Ich denke, eine solche Sicht der Dinge ist etwas zu einfach. Die Krise der PDS hat sich über viele Jahre hinweg entwickelt und seit der verlorenen Bundestagswahl im letzten Jahr dramatisch zugespitzt. Eine Vorstandswahl kann sie nicht einfach beseitigen, wohl aber die Voraussetzungen für Veränderungen schaffen. Dazu braucht der neugewählte Vorstand unser aller Unterstützung.

Wolfgang Methling:

„Ein Vorstand muss führen und nicht vorgeführt werden.“

Auf einer Pressekonferenz wenige Tage nach der Vorstandswahl sagte Lothar Bisky, niemand möge seinen Willen, das Ruder herumzureißen, unterschätzen. Das ist für mich aber auch eine Aufforderung an alle Mitglieder und Sympathisanten, beim Herumreißen mitzuhelfen.

Wie soll das gehen, werden sich viele fragen. Ich glaube, der Parteitag hat dazu einiges aufgezeigt. Die Delegierten zeigten mehrheitlich einen ausgeprägten Willen, den Parteitag zum Erfolg werden zu lassen. Kleinliche Streitereien gab es eher am Rande, dafür aber viel Geschrei von den Rängen des Tempodroms von Gästen des Parteitages. Wenn man sich aber entschließt, einen Parteitag öffentlich durchzuführen,



Dem Osten eine Zukunft

Zur gemeinsamen Konferenz des PDS-Parteivorstandes und des Ostdeutschen Kuratoriums (31. Mai, Dessau) befragte Inge Junginger für „info links“ den Vizepräsidenten des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e. V., Gerhard Bombal.

■ **„info links“:** Genosse Bombal, worin siehst du die Bedeutung dieser Konferenz?
■ **Gerhard Bombal:** Vor allem war es das erste Mal, dass Parteivorstand und Kuratorium zusammentrafen. In den Verbänden und Vereinen gibt es viel Kompetenz zu den gesellschaftlichen Problemen Ostdeutschlands, die die PDS bisher zu wenig genutzt hat.

■ **„info links“:** Welche Themen standen im Mittelpunkt der Konferenz, welche Persönlichkeiten waren vertreten?

■ **Gerhard Bombal:** Beraten wurde zu Arbeit, Wirtschaft und Ost-West-Migration, zu Renten, sozialer Benachteiligung und Gesundheit, zu Bildung, Kultur und Sport. Gabriele Zimmer und Siegfried Prokop, der designierte Präsident des Kuratoriums, hielten Auftaktreferate; Klaus Grehn und Harald Werner, der Sozialexperte Ernst Biebert und die Sozialministerin Marianne Linke sowie Peter Porsch sprachen zu diesen Themen im Forum.

■ **„info links“:** Jetzt müssen die Ergebnisse der Konferenz an die Öffentlichkeit ...

■ **Gerhard Bombal:** Wir haben eine von Christa Luft ausgearbeitete Resolution mit dem Titel „Dem Osten eine Zukunft“ angenommen. PDS und Kuratorium haben sie als gemeinsames Flugblatt herausgegeben. Es kommt nun darauf an, sie zu verbreiten. Sie charakterisiert die Vereinigung als einseitigen Prozess mit allen negativen Folgen für Ostdeutschland, verweist aber

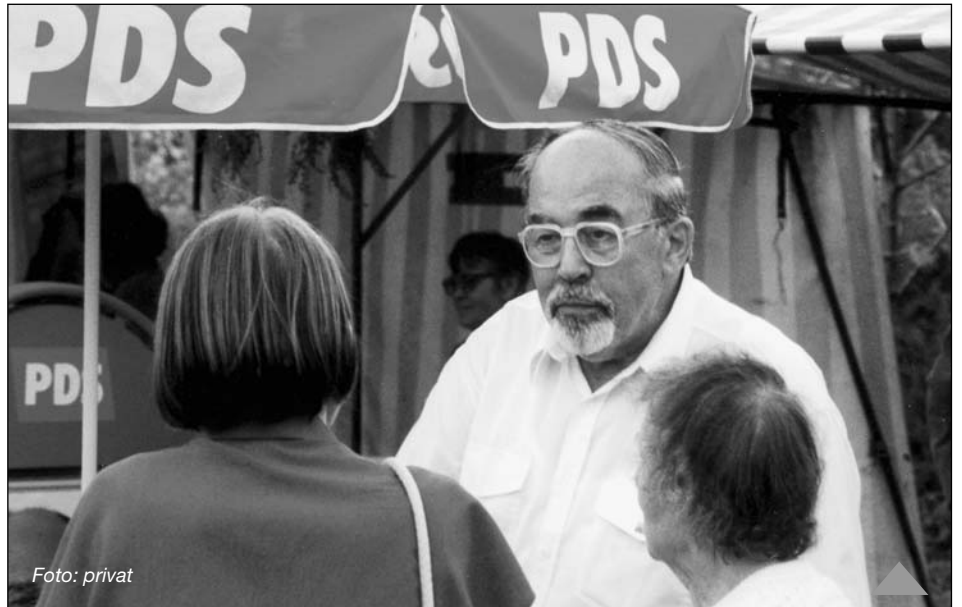


Foto: privat

auch auf die Chancen, Bewährtes aus dem Osten für ganz Deutschland nutzbar zu machen. Ebenso sei auf das kurz vor der Konferenz erschienene „Ostdeutsche Memorandum 2003“ verwiesen.

■ **„info links“:** Welcher Gedanke ist dir besonders wichtig?

■ **Gerhard Bombal:** Die Schlussfolgerung: „Ostdeutsche Akteure in Landesregierungen und Parlamenten, in Parteien, Verbänden und Vereinen werden in der Bundesrepublik nur noch Gehör finden, wenn sie solche Themen künftig als Reform- und Zukunftsprojekte der gesamten Bundesrepublik formulieren, in die gesellschaftliche Debatte bringen und bis in die Haushaltsberatungen darum ringen. So können sie das Image von Bittstellern oder bloßen Mahnern abstreifen und als gesamtdeutsche Interessenvertreter wahrgenommen werden.“

Gerhard Bombal – stets diskussionsfreudig und ein geschätzter Gesprächspartner

■ **„info links“:** Wie kann der neugewählte Parteivorstand die Erkenntnisse der Konferenz nutzen?

■ **Gerhard Bombal:** Vor allem, indem er die Kompetenz der Vereine und Verbände nutzt. GBM und ISOR, Volkssolidarität, Arbeitslosenverband und VVN/BDA sowie die Gewerkschaften und andere sind wichtige Bündnispartner, die auch in der Öffentlichkeit wirken. Statt die eigenen Querelen auszutragen, sollte die PDS mehr mit den verschiedenen gesellschaftlichen Kräften zusammenarbeiten. Vor Ort geht das schon ganz gut, denn unsere Genossinnen und Genossen sind dort tätig. Wenn Genosse Bisky und der Parteivorstand das beachten, wird die PDS wieder erstarren.

Bürger mischen mit

Der Bürgerverein Karlshorst lädt regelmäßig zur Erörterung von Bau- und Verkehrsfragen im Stadtteil ein, so auch am 19. Juni. Bezirksstadträtin Katrin Lompscher und Fachleute verschiedener Ressorts erläuterten anschaulich und konkret einzelne Vorhaben, so z. B. die Spielplatz- und Parkplatzgestaltung an der Kaisers-Kaufhalle.

Zum Neubau der Brücke am Karlshorster Bahnhof gab es kaum Neues. Merkwürdigerweise stand die Frage des Geldes nicht im Mittelpunkt. So stünden für die Wiedererrichtung der Blockdammbücke sogar Fördermittel zur Verfügung, die abschnittsweise verbaut werden sollen. Unverständnis erwecken immer wieder einige

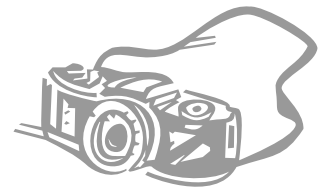
Bürger, die durch den Brückenbau ihre Ruhe in der Umgebung Sangeallee gefährdet sehen, obwohl gerade der Bürgerverein Einfluss nahm, den Verkehr dort einspurig und mit Tempo 30 durch diesen Bereich zu führen.

Ein neuer Plan wurde für den Ortsteil Karlshorst Ost vorgestellt. Mit seiner Umsetzung soll die Umgebung der Zwieseler Straße mit dem Kern der ehemaligen Pionierschule mit Leben erfüllt werden. Die Realisierung wird (zwar ohne Zeitplan) von der Oberfinanzdirektion versprochen.

Also – in Karlshorst soll sich noch so manches tun. Die Bürger brauchen allerdings etwas Geduld. Und Mut zum Mitmischen. Dabei kann die kommunal starke PDS ihren Beitrag leisten. *Maria Kratzert*

Berliner Friedenstour

Unter der Schirmherrschaft von Täve Schur möchte die PDS mit der diesjährigen Berliner Friedens-Tour (31. August) an Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Berlin erinnern und zeigen, wie stark ziviles Leben und Kriegsmaschinerie im Nazi-Regime miteinander verwoben waren. An der Sophie-Scholl-Oberschule in Schöneberg, wo Zwangsarbeiter einen Fernmeldebunker bauen mussten, startet die Tour und führt anschließend mit historischen Erläuterungen durch Kreuzberg und Neukölln zum „Vergessenen Lager“ in Schöneweide, dem letzten erhaltenen Zwangsarbeiterlager in Berlin. Ausführliche Informationen zur Tour erteilen die PDS-Geschäftsstellen. *N. R.*



Vorsicht, Falle!

Das Arbeitsamt – kein Freund und Helfer

Kanzler Schröder will vor allem Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger und Rentner schröpfen, um die leere Staatskasse zu füllen. Dazu scheint kein Trick zu schäbig. So soll die Bundesanstalt für Arbeit „Pflichtverletzungen“ Erwerbsloser provozieren, um diese dann mit Leistungsstreichungen bestrafen zu können. Hier eine kleine Auswahl:

■ Provozieren von Säumniszeiten

Leistungsbezieher werden zu Informationsveranstaltungen geladen. Bei Nichterscheinen soll eine erste Säumniszeit (zwei Wochen) ausgesprochen und erneut eingeladen werden. Wer ohne „wichtigen Grund“ erneut nicht erscheint, erhält mindestens für weitere vier Wochen keine Leistung. Die Vermittler haben präzise Vorgaben: Wer auch nur wenige Minuten zu spät erscheint, erhält die Säumnisstrafe.

■ Vorsicht bei Wochenenden

Für die Massenmeldetermine werden mit „Vergnügen“ die Montage und Freitage genutzt, in der Annahme, Leistungsbezieher würden vermehrt nicht erscheinen.

■ Verdopplung der Sperrzeiten nach Arbeitsplatzangeboten

Vermittlungsvorschläge des Arbeitsamtes gehen in der Regel an die Arbeitgeber und Arbeitslosen. Der Arbeitgeber meldet nicht selten, die vorgeschlagene Person habe sich nicht beworben, oder behauptet, der Arbeitslose habe sich nicht ernsthaft für die Stelle interessiert. Bislang hatte das Arbeitsamt die Wahl, die Antworten zu bewerten. Jetzt hat es strikt nach Verdachtsmomenten zu suchen, wie weit der Arbeitslose selbst an der Ablehnung beteiligt war. Dazu werden alle eingehenden Arbeitgeberinfos unverzüglich ausgewertet, „verdächtige“ Erwerbslose erhalten eine vierzehntägige Anhörungsfrist, wobei die Zahlung sofort vorläufig eingestellt wird. Nach

Ablauf der Anhörungsfrist wird sofort über eine Sperre entschieden. Hat der Arbeitslose für sein erstes Meldeversäumnis keinen wichtigen Grund, verhängt das Arbeitsamt eine Säumniszeit von zwei Wochen. In dieser Zeit zahlt das Amt nichts. Diese Zeit zählt allerdings als „Erfüllung“ des Zahlungsanspruchs und verlängert die Bezugsdauer nicht. Folgt der Arbeitslose auch einer zweiten Einladung nicht, gibt es für mindestens weitere vier Wochen kein Geld. Der Arbeitslose wird dann nicht noch einmal zur Meldung aufgefordert. Dies erhöht natürlich die Sperrzeitquote.

■ Noch ein kleiner fieser Trick

Briefe des Arbeitsamtes tragen keinen Datumsstempel der Deutschen Post oder eines beauftragten Unternehmens. Sie sind zumeist so datiert, dass die Zeitspanne zwischen Briefdatum und tatsächlichem Posteingang beim Empfänger ein Meldeversäumnis provoziert. (Wird fortgesetzt)

Ernst Rutnik

„Tierwelt“ im Untergrund

Besuch bei der Schöpferin des Mosaiks
im U-Bahnhof Tierpark

Noch zwei Jahre – dann wird der Tierpark in Friedrichsfelde fünfzig Jahre alt. Dreißigsten „Geburtstag“ konnte am 25. Juni das Tierwelt-Mosaik am Ostausgang der U-Bahnstation Tierpark feiern.

Aus diesem Anlass besuchte ich gemeinsam mit Mädchen der Ludwig-Erhard-Oberschule, die allein im letzten Winter 4000 Unterschriften für den Erhalt des Tierparks und des Zoos gesammelt hatten, Dagmar Glaser-Lauermann, die Schöpferin des herrlichen Tierbildes. Die Künstlerin ist inzwischen 76 Jahre alt.

Frau Glaser-Lauermann zeigte uns viele ihrer Ölgemälde, Aquarelle und ein interessantes Skizzenbuch für ihre Arbeit. Gemeinsam mit ihrem kürzlich verstorbenen Ehemann Frank Glaser präsentierte sie ihre Werke auf vielen Ausstellungen, auch im Ausland.

1971 schrieb der Magistrat von Berlin den Wettbewerb für die künstlerische Gestaltung des U-Bahnhofes am Tierpark aus. Unter zwanzig Mitbewerbern entschied sich die Jury für ihren Entwurf. Eine magnetische Sonne sollte majestätisch posierende Tiere umschlingen; dazwischen streute die Künstlerin gezielt grazile Pflanzenkompositionen – alles in Form und Stil des klassischen Mosaiks. Eineinhalb Jahre dauerte es, bis die Idee Wirklichkeit wurde. Mehrmals in der Woche besuchte die Künstlerin die Stuck- und Natursteinwerkstätten in

Lichtenberg, um zu sehen, wie die Steinsetzer die Glas-, Keramik- und Mauersteinchen ihrer Vorlage entsprechend und in der gewollten Fugenbreite gleichmäßig in ihre Form brachten. Viele „Tagewerke“ legte sie vorher selbst zu Hause auf dem Teppich aus und beschriftete die kleinen Steine auf der Rückseite. Ähnlich ging sie bei ihrer zweijährigen Arbeit für das Großwandbild „Früchte der Erde“ im Warenhaus am Alexanderplatz vor. Das kostbare Bild wurde in den 90er Jahren zugunsten von Verkaufsfläche abgeschlagen.

Diese und andere Niederlagen entmutigen die immer noch aktive Künstlerin kei-

neswegs. Polnische Galeristen luden sie ein, eine Ausstellung im Nachbarland zu präsentieren. Diese Einladung würde sie gerne annehmen, allerdings übersteigen die Kosten für neue Bilderrahmen, Glas, Transport und Versicherung ihre persönlichen Möglichkeiten. Der Verband Bildender Künstler als ihr Interessenvertreter kann dieses Problem nicht lösen.

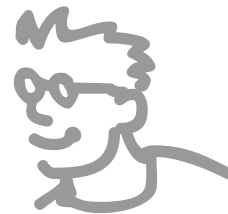
Vielleicht ergibt sich eine Gelegenheit, ihr Lebenswerk anlässlich ihres 80. Geburtstages zeitgleich mit dem 50. Jubiläum des Tierparks in Berlin-Friedrichsfelde einem großen Publikum nahe zu bringen.

Christel Schemel



Foto: Christel Schemel

▲ Die Malerin Dagmar Glaser-Lauermann in ihrer Wohnung in der Karl-Marx-Allee



Wir wollen mitentscheiden!

Rede des Sprechers des Kinder- und Jugendparlamentes am 20. Juni 2003 vor der BVV (gekürzt)

Heute ist der Tag der Abrechnung. Heute sagen nicht nur *wir* die Wahrheit, sondern wir fordern sie von *Ihnen*. Wir sehen mit großer Sorge das aktuelle politische Handeln unserer Regierung. Überall wird über unsere Bildung geredet. Aber *Sie* haben unsere Zukunft in der Hand.

1. Wir bedauern die Entscheidungen für unsere Bildung. Wie Sie ja alle wissen, werden wir nächstes Jahr für unsere Bildung zahlen müssen. Indem Sie die Lehrmittelfreiheit einschränken, führen Sie Berlin in die Vergangenheit zurück. Ich bin überzeugt, Sie haben den verkehrten Weg eingeschlagen und werden dies zu spüren bekommen.

Sie alle sind verantwortlich, dass Familien immer mehr für Bildung zahlen müssen, als sie es jetzt schon tun. Sie machen es Familien nicht leichter, sondern fördern, dass ein familienunfreundliches Land Berlin entsteht ...

Haben Sie alle nicht aus der Vergangenheit gelernt? Wissen Sie nicht, wohin dies führt? Denken Sie daran, es sind bald wieder Wahlen, und erklären Sie jungen Familien, dass sie noch zusätzlich 100 Euro pro Schuljahr zahlen müssen!

2. Wir wollen Ihnen zeigen, dass wir handeln! Das Kinder- und Jugendparlament zeichnete am 28. März achtzig engagierte

Schülerinnen und Schüler aus. Mit dieser Veranstaltung haben wir bewiesen, dass die Jugend aktiv ist. Auch unsere Unterschriftenaktion gegen zwölftehalb Jahre Abitur war ein kleiner Erfolg. Unsere Jugend kämpft, aber Sie kämpfen nicht für sie!

3. Liebe BVV-Mitglieder. Wir mussten leider in den letzten Sitzungen des Bildungsausschusses feststellen, dass dieses Gremium sich nicht mit dem Thema Bildung, Jugend und Sport auseinandersetzt. Nein, wir sahen nicht nur einmal, wie einzelne Politiker ihre persönlichen Differenzen ausleben. Wir wollen dies nicht mehr hinnehmen. Wir verlangen einen qualifizierten Ausschuss für Bildung, der sich nicht 35 Minuten lang mit einem Protokoll aus der letzten

Sitzung beschäftigt, in dem es nur um einen Satz ging. In den letzten Monaten sind häufig solche peinlichen Diskussionen geführt worden. Ich empfinde es als eine Schande, dass ich dies als Mitglied des Kinder- und Jugendparlamentes erleben muss.

Wir fordern ein Stimmrecht im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport. Das Kinder- und Jugendparlament will Anträge stellen und mit abstimmen. Wir wollen nicht mehr tatenlos zusehen. Fördern wir endlich eine zukunftsorientierte und kinderfreundliche Politik.

Alexander Weitling

▼ Mitglieder des Kinder- und Jugendparlamentes mit ihrer langjährigen Betreuerin Sabine Pechardschek



Lichtenberger Kitas

Bericht von der 20. Sitzung der BVV

Mit einer engagierten Rede von Alexander Weitling, einem Vertreter des Kinder- und Jugendparlamentes, begann die BVV-Sitzung (siehe obigen Beitrag). Bezirksstadtrat Michael Räßler wurde nach seinen Vorstellungen zum Haushalt 2004/2005 in Bezug auf die Kita-Landschaft des Bezirkes befragt. Diskussionen, im Bezirk weitere Kindertagesstätten zu schließen, führten zu Unruhe bei den Betroffenen. Der Stadtrat erläuterte, dass in Lichtenberg ein Platz in der Kita teurer als in anderen Bezirken sei (Platz 10 im Vergleich der 12 Bezirke). Der vorhandene große Raum pro Kind verursaache zu hohe Betriebskosten. Da der Bezirk aber weniger Geld erhalte, müssten acht Kitas geschlossen werden. Dadurch werde jedoch kein Kita-Platz verloren gehen, so

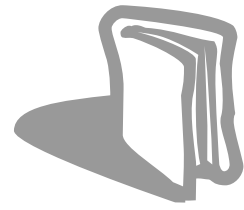
Räßler. Ein Thema, das weiter für intensive Diskussionen sorgen wird.

Wichtige Arbeitsgrundlagen für das Bezirksamt sind u. a. der „Bericht zur Entwicklung der Kindertagesstätten in Lichtenberg“. Dieser Kita-Entwicklungsplan informiert über Betreuungsangebote und Versorgungssituation, pädagogische Ansätze und Konzepte, über die Organisation der Tagesbetreuung und Probleme der Übertragung von kommunalen Einrichtungen an freie Träger sowie den baulichen Zustand der Kindertagesstätten im Bezirk.

Der Bericht zeigt Reibungspunkte auf, die vor allem aus den Vorgaben für den Doppelhaushalt 2004/2005 sowie aus den Veränderungen im Zusammenhang mit dem neuen Schulgesetz entstehen. Für die PDS-Fraktion setzten u. a. Michael Grunst als Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses und Stadtrat Michael Räßler folgende politische Schwerpunkte:

- möglichst umfangreiche Realisierung des Rechtsanspruches auf einen Kita-Platz (in der 19. Sitzung der BVV wurde ein Antrag der PDS über Kostenfreiheit für bestimmte Bevölkerungsgruppen eingebracht)
- Sicherung des vollen Betreuungsbedarfes für berufstätige Eltern, z. B. auch unter Beachtung des neuen Ladenschlussgesetzes
- Gesundheitserziehung als Bestandteil der Kita-Erziehung
- Weiterführung des Übertragungsprozesses von Kitas an „Freie Träger“ unter demokratischer Mitwirkung aller Beteiligten bzw. Betroffenen
- Sicherung von hohen Qualitätsstandards trotz notwendiger Flächenreduzierung.

Christina Zühlke, Mitglied der PDS-Fraktion in der BVV Lichtenberg (Zur Schulentwicklungsplanung lesen Sie bitte die Beiträge auf Seite 5.)



Schulentwicklungsplan

von Michael Räßler, Bezirksstadtrat für Jugend, Bildung und Sport

Der Schulentwicklungsplan für Lichtenberg ist beschlossen. Das Bezirksamt hat am 3. Juni entschieden, die BVV hat die Vorlage am 18. Juni mehrheitlich zur Kenntnis genommen. Damit besteht für 28200 Schüler und 2200 Lehrer Klarheit und Sicherheit zur künftigen Schullandschaft des Bezirkes. Zwei Jahre lang wurde über Schulaufhebungen und Schulfusionen diskutiert. Eltern, Schüler und Lehrer haben jetzt klare Entscheidungen gewünscht, um für das kommende Schuljahr planen zu können.

Die Debatte in der BVV verlief kontrovers: Hier ein Plädoyer dafür, die sachlich begründeten Entscheidungen, die Transparenz, die Einbeziehung der Betroffenen, aber auch die Grenzen des Bezirkes gegenüber der Senatsschulverwaltung zur Kenntnis zu nehmen – CDU, SPD und FDP hingegen beantragten, Entscheidungen bis Oktober zu vertagen und alternative Schulfusionen in den Schulentwicklungsplan aufzunehmen.

Die Fakten: In jedem Jahr gibt es 5000 Lichtenberger weniger, vor allem durch den „Geburtenknick“ seit 1990. Das wirkt sich im Oberschulbereich fatal aus, wo jetzt die 12-jährigen ankommen. Gab es 2002/2003 noch ca. 2800 Schüler in ca. 90 siebenten Klassen, werden es ab August 1800 Schüler in 64 Klassen sein – ein Drittel weniger. Für die nächsten Jahre wird ein Rückgang der Oberschüler von derzeit 13000 auf 6000–7000 (also um die Hälfte) prognostiziert.

Zur Zukunft unserer Schulen

von Dr. Christa Sobanski, Bildungspolitische Sprecherin der PDS-Fraktion in der BVV Lichtenberg

An der Mehrheit der PDS in der BVV scheiterte ein Aufhebungsantrag zur Schulentwicklungsplanung (SEP) durch CDU, SPD und Verordnete der FDP. Die SEP für die Jahre 2003 bis 2007 steht.

Vor dem Bezirk stand und steht die Aufgabe, trotz sinkender Schülerzahlen eine attraktive zukunftsfähige Schullandschaft zu entwickeln. Die Lösung ist unmittelbar mit der Struktur im Bereich der Schulverwaltung verknüpft. Für innere Schulangelegenheiten (so Lehrpersonal und pädagogische Konzepte) ist die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport zuständig, für die äußeren (z. B. Schulstandorte und

Der Bezirk ist für Schulgebäude zuständig, erhält aber kein Budget für Schulgebäude, sondern je angemeldeten Schüler. Und hier ist der Bezirk doppelter Verlierer: Zugewiesen wird für jeden der rund 28200 Schüler eine „Gebäude-Pauschale“. Die tatsächlichen Kosten liegen weitaus höher. Und: In den Lichtenberger Schulgebäuden hätten wir Platz für 31400 Schüler, also entstehen uns Kosten für 2800 Schulplätze, die wir nicht zugewiesen bekommen.

Jedem ist klar, dass wir uns von Gebäuden trennen müssen, für die wir kein Geld erhalten, weil die Schüler fehlen. Aber zu jedem Gebäude gehören Schüler, Profile, pädagogische Inhalte und nicht zuletzt Emotionen.

Der Schulentwicklungsplan ist weitaus mehr als ein „Schulschließungsplan“. Aufgenommen sind Ziele, Bestand, Bedarf und Maßnahmen. Er enthält Angaben zu jeder einzelnen Schule, zur Schülerzahlentwicklung, zum Schulnetz, zum Bauzustand, zum Sanierungsbedarf, zum sozialen Kontext. Mit der Beschreibung von Zielen über die reine Schulorganisation hinaus haben wir uns bewusst in innere Schulangelegenheiten „eingemischt“ – in die Kompetenzen der Senatsschulverwaltung. Maßstab dabei ist jedoch immer, dass mit notwendigen Schulzusammenführungen elementare Schulprofile erhalten bleiben bzw. entwickelt werden können.

Alternative Schulfusionen wurden in der AG Schulprioritäten entwickelt. Ich habe diese AG fünf Wochen nach meinem Amtsantritt ins Leben gerufen, um mit allen in der BVV vertretenen Parteien und mit Vertretern aller bezirklichen Schulgremien möglichst gemeinsame Antworten auf Fra-

Einschulungsbereiche) der Bezirk. Die Erarbeitung des SEP hat permanent die inkonsequente Auflösung des Landesschulamtes, die verhängnisvolle Trennung äußerer und innerer Schulangelegenheiten vor Augen geführt. Beides gehört in eine Hand, dahin, wo Schule stattfindet – in den Bezirk.

Alle Fraktionen und die Verordneten der FDP, insbesondere die Mitglieder des Ausschusses Bildung und Sport, haben die SEP engagiert, streitbar und lösungsorientiert befördert. Sie haben durch zahlreiche Anträge – sei es zum Erhalt des grundständigen Zuges Latein bei einer Fusion zwischen dem Descartes- und dem Barnim-Gymnasium, seien es Anträge zur Schulwegsicherheit, zum Erhalt der 5. und 6. Klassen an der 28. Grundschule im Ortsteil Wartenberg und zur Nachnutzung aufzugebender Schulstandorte – den Schulentwicklungsplan mitgeschrieben.

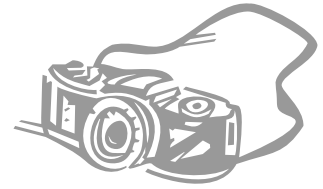
gen nach dem *Wo, Wieviel* und *Was* der Lichtenberger Schulen zu finden. Neben breitem Konsens lautete die Alternative: Fusion des Descartes-Gymnasiums mit dem Herder-Gymnasium am Standort Paul-Junius-Straße, Zusammenführung des Kant-Gymnasiums mit dem Lichtenberg-Gymnasium am Standort Franz-Jacob-Straße und Umzug der Hauptschule Am Rathaus in das Gebäude des Kant-Gymnasiums. Diese Alternative ist nicht tragfähig: Künftig gäbe es nur noch ein grundständiges Gymnasium im Bezirk, in die Paul-Junius-Straße müssten bis zu 9 Mio. Euro investiert werden, und die betroffenen Schulen selbst haben für diese Vorschläge kein Verständnis signalisiert!

Wir werden in den kommenden Jahren die Schülerzahlentwicklung – besonders im Oberschulbereich – genau beobachten. Unsere Schulen werden künftig finanziell nur handlungsfähig sein, wenn die Schulflächen mit der Anzahl der Schüler „übereinstimmen“. Jetzt können wir den Schülern, Eltern und Lehrern sagen: Ihre Schule wird künftig fusionieren, Ihre Schule wird künftig bestehen bleiben. Nutzen Sie die Möglichkeiten, um das Schulprofil zu schärfen, das Schulprogramm zu entwickeln und Ihre Schule so attraktiv zu machen, dass die Anmeldezahlen auch die Zukunft der Schule sichern.

Ich möchte mich bei allen bedanken, die in diesem schwierigen Prozess mitgeholfen haben, sachlich begründete Entscheidungen zu treffen – und nicht, wie es ein Mitglied im Bezirksschulbeirat formuliert hat, „in einen Wettbewerb getreten sind, wer zuerst Schüler und Eltern auf die Barrikade bringt“.

Durch die vom Bildungsstadtrat Räßler initiierte Arbeitsgruppe „Schulprioritäten“ wurden auch – zumal die Schulaufsichtsbehörde keine Konzeption zum gymnasialen Bereich erstellt hatte – Alternativvorschläge entwickelt, die jedoch bei den betroffenen Schulen keine Mehrheit fanden.

Schüler, Eltern, Lehrer und Schulleiter wissen nun nach dem langem Hin und Her seit 2001, woran sie sind; haben vor Beginn des neuen Schuljahres endlich Planungssicherheit. In der Umsetzung und Fortschreibung der SEP sieht die Fraktion der PDS einen ihrer wesentlichen Arbeitsschwerpunkte. Daher bekräftigt sie auch die Fortsetzung der AG „Schulprioritäten“. Alles in allem ist es nicht nachvollziehbar, warum CDU, SPD und die Verordneten der FDP die eigene Sacharbeit entwertet haben und sie einem fragwürdig politisch motivierten Aufhebungsantrag opfern wollten.



Solidarität in Zeiten der Globalisierung

Eine vom Arbeitskreis Soziale Sicherungssysteme beim Parteivorstand der PDS und der Abgeordnetenhausfraktion in Berlin am 24. Mai initiierte Veranstaltung hatte das Ziel, die Zukunft der gesetzlichen Krankenversicherung zu diskutieren und Pläne unter dem Blickpunkt der solidarischen Krankenversicherung zu kommentieren.

Verschiedene Experten legten dazu ihre Erfahrungen und auch ihre Konzepte dar.

Dr. Wolfgang Ullmann, ehem. Mitglied des EU-Parlaments, sah die gegenwärtige Krise der Sozialsysteme in der Krise der Wirtschaft. Das zur Zeit sehr begrenzte Wirtschaftswachstum widerspreche der Grundphilosophie unseres auf ständiges Wachstum ausgerichteten Systems. Dazu komme die Asymmetrie der Alterspyramide durch eine sehr niedrige Geburtenrate und die starke Industrialisierung des Lebens, die im Widerspruch zur Solidarität innerhalb der Gesellschaft stehe. Medizinische Hilfe solle nicht als Ware, als Dienstleistung behandelt werden, sondern als Hilfe im Dienst der Menschenwürde und aus Markt- und Wettbewerbsbeziehungen herausgehalten werden. In diesem Sinne sehe der Artikel 35 der EU-Grundrechte-Charta die Sicherung des Gesundheitsschutzes und den gesicherten Zugang zur Vorsorge und ärztlichen Hilfe für alle Bürger vor.

Professor Badura von der Universität Bielefeld unterstrich, dass Gesundheit nicht nur die „Abwesenheit von Krankheit“ sei. Gesundheit werde bestimmt von einem System sozialer Beziehungen, die gegenseitige Hilfe absicherten und Hilfe „von außen“ minimierten.

Aus meinem Notizbuch

von Jürgen Steinbrück, Geschäftsführer der PDS-Fraktion in der BVV Lichtenberg

■ Am 6. Juni hatte der Wirtschaftskreis Hohenschönhausen-Lichtenberg in die Kirche an der Falkenberger Chaussee zu einer Feierstunde anlässlich der Gründung einer Stiftung zur Förderung bedürftiger Kinder und Jugendlicher geladen. Die Laudatio teilten sich Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich und Justizsenatorin Karin Schubert. Das Geld aus der Stiftung – 100000 Euro – soll vorrangig dem Kinderhaus Berlin-Brandenburg e.V. zugute kommen. Man kann der neuen Stiftung nur ein gutes Gelingen wünschen. Die Kinder werden es danken.

Die gegenwärtige Gesundheitspolitik weist mehrere Defizite auf, vor allem die mangelnde Vorsorge und die anbieterorientierte Gesundheitsförderung. Eine weitere negative Seite sei, dass sich der Staat als Anwalt der Pharmaindustrie und der Ärzte sehe und nicht als Anwalt der Bürger verstehe. Dringlich sei der Ausbau des Patientenschutzes sowie die Teilnahme der Patienten an der Entwicklung des Gesundheitswesens.

Dr. Stefan Edgeton von der Verbraucherzentrale betonte die Notwendigkeit des Überdenkens des Begriffes „Solidarität“. Wie viele Krankenversicherungen seien notwendig? Private Krankenversicherungen seien für das Solidarsystem nicht notwendig, sondern vielmehr die Einbindung ihrer Mitglieder in die Gesetzliche Krankenversicherung.

Dr. Bernd Niederland, der Bundesgeschäftsführer der Volkssolidarität, wies darauf hin, dass die Verantwortlichen unter einer „Stärkung der Eigenverantwortung“ bisher nur Leistungskürzungen verstanden hätten. Er machte ferner auf die „Schattenwirtschaft“ aufmerksam, die etwa 16 % des Bruttoinlandsproduktes erzeuge. Wenn es gelänge, diese Beiträge in die Sozialsysteme einzubinden, wäre ein nicht geringer Beitrag zur Sanierung der Sozialsysteme erbringbar.

Besonders Prof. Baduras Positionen kommen mir als DDR-Bürgerin sehr bekannt vor. Wurden doch dort die sozialen Beziehungen als praktische Bestandteile der Gesundheitspolitik gestaltet. Ich persönlich fasse meine Erkenntnisse so zusammen: Sozialkapital = Soziale Bindungen + Erwerbsarbeit. Dagmar Krebs, Gesundheitspolitische Sprecherin der PDS-Fraktion in der BVV Lichtenberg

■ Am 14. Juni starteten im Zachert-Stadion Leistungsträger, Freiwillige und natürlich die Schülerinnen und Schüler der Alexander-Puschkin-Oberschule für eine tolle Idee: „Laufen, um zu helfen!“ Jede Runde auf der Tartanbahn brachte 50 Cent in einen Spendentopf. Man läuft und bezahlt, man läuft nicht und bezahlt oder man lässt laufen und bezahlt. Die Summe der Runden mal 50 Cent plus allgemeine Geldgaben erbrachte eine Spende für die Bagamoyoschule im Lichtenberger Patenbezirk von Mabuto. Die Fraktion der PDS hat 100 Euro beigesteuert. Andere Parteien wurden wieder einmal nicht gesichtet. Ein weiterer Solidaritätslauf für die Kinder Iraks organisierte Lichtenbergs Kinder- und Jugendparlament am 27. Juni, denn: Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker!

Kuba aktuell

Blanca Isabel Alvarez García, Dozentin an der Pädagogischen Hochschule und Abgeordnete in Pinar del Rio (Kuba) war am 17. Juni Gast im Nachbarschaftshaus Am Berl. „EcoMujer“ und andere interessierte Vereine hatten zu einer Diskussionsrunde eingeladen. Frau García berichtete von der großen Kampagne, in der Schulen saniert und neu ausgestattet werden. Wer weiß, welche Schwierigkeiten Kuba nach dem Zu-



Foto: EcoMujer

Frau García besucht eine Schule auf Kuba

sammenbruch des sozialistischen Lagers und in der Zeit der „periodo especial“ hatte, welche Zerstörungen das Land durch drei aufeinanderfolgende Hurrikans erlitt – der kann diese Leistung ermesen.

Die Anwesenden wussten das zu würdigen, viele konnten aus eigenem Erleben ihre Beobachtungen hinzufügen. Frau García antwortete offen und freimütig auf viele Fragen: zu Arbeitslosigkeit, Freigabe des Dollars, zu Korruption durch den wachsenden Tourismus und vor allem zu den Todesstrafen der jüngsten Zeit.

In dem Gespräch gewann man den Eindruck, dass die Wirtschaft in Kuba und damit auch das gesellschaftliche Klima gesundet. Die Todesstrafe sei ein äußerstes Mittel – wenn es um wirklich staatsgefährdende Verbrechen gehe. Darüber gab es letztlich keine Einigkeit.

Zum Ende der Veranstaltung wurde noch einmal auf die ständige Bedrohung Kubas hingewiesen. Das Land sei auf alles vorbereitet. „Wir sind ein harter Knochen“, so Frau García. Man kann Kuba nur wünschen, dass sich Herr Bush die Zähne an der Karibikinsel ausbeißt. jg

Die Alternative richtig stellen

Werter Genosse Stadler! In „info links“ vom 5. Juni schreibst Du: „Glauben wir, dass es bei Bewahrung unserer Visionen von einer sozialistischen Gesellschaft Sinn macht, für gesellschaftliche Veränderungen im Rahmen der bestehenden Verhältnisse parlamentarisch und außerparlamentarisch zu kämpfen ... oder verharren wir steril in Distanz zu dieser Gesellschaft und tüfteln selbstgenügsam weiter an der Theorie für eine neue Epoche, wie es Uwe-Jens Heuer vorschlägt.“

Diese Alternative ist falsch gestellt. Sie entspricht einfach nicht den Tatsachen. Die wirkliche Alternative lautet: Bleibt die PDS (bzw. wird sie wieder) eine von der wissenschaftlichen Weltanschauung getragene Partei, die die vergangenen Ereignisse (besonders das Scheitern des sozialistischen Versuchs in Europa), die Gegenwart und ihre Bedingungen und die künftigen Möglichkeiten des Kampfes für den Sozialismus vom historischen Standpunkt aus wissenschaftlich analysiert und einschätzt und damit zu einem einigermaßen begründeten Verständnis gelangt. Oder lässt sie sich weiterhin – wie im Programmtext – von bürgerlichen Anschauungen und von subjektivistischen Betrachtungen über Freiheit, Freiheitsgüter und von irgendwelchen „Visionen“ über irgendeinen „Sozialismus“ leiten. Von einer sozialistischen Gesellschaftsordnung steht im Programmtext nichts!

Neues aus dem Reformhaus

„info links“ hatte sie in der Ausgabe 5 vorgestellt – die „Pepperonis“, gut anderthalb Dutzend kabarettbegeisterte Amateure, die ihren Teil dazu beitragen wollen, PDS-Politik wieder transparenter und verdautlicher zu machen. Ingrid Kröning trug auf der PDS-Basiskonferenz am 13. Juni eine Kostprobe vor und fand damit viel Beifall:

Das Liebknecht-Haus soll ja demnächst umbenannt werden – in Reformhaus. Und einer der größten Reformer ist Martin Luther Gysi ... Ja, aber das Neue ist: Der schmeißt nicht mit 'nem Tintenfass nach dem Teufel – der macht mit ihm 'ne Talkshow. Ich meine, da hatte er ja eigentlich auch das, was er sich so immer gewünscht hat. Ich hab ihm auch sofort geschrieben: „Gratuliere, Gregor“, hab' ich geschrieben, „aber wozu dann dieser 13-jährige Umweg?“

Wobei man sich ja in der Sprachregelung völlig uneins ist. Also, die Reformer

Eine sich auf den Marxismus stützende Partei ist revolutionär und auf parlamentarische und außerparlamentarische Kämpfe orientiert – je nach Lage – und nicht auf „Tüfteln“. Das sind die wirklichen Alternativen! Deine Alternative: Die Rückentwicklung des Sozialismus von einer Wissenschaft zur Utopie und im Übrigen sozialdemokratische Politik mit praktisch kaum merklichen Ab- oder Aufstrichen – das ist der sicherste Weg zum Aus für die PDS! Eine solche Partei wird einfach nicht gebraucht. Schade! Sei gegrüßt

*Prof. em. Dr. Heinz Wachowitz,
Parteilmitglied seit 1945*

Schulhorte gerettet

Nach mehr als einem Jahrzehnt ständigen Abbaus von Plätzen in Schulhorten der östlichen Bezirke (1995 ca. 42 000 Plätze, 2002 nur noch ca. 25 000) wurde auf Initiative der PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus in der letzten Sitzung vor der Sommerpause ein politischer Richtungswechsel eingeleitet. Bis zu diesem Zeitpunkt durften die Bezirke nur so viel Schulhortplätze vergeben, wie das Land erlaubte.

Gegen den Willen von CDU und FDP wurde am 26. Juni der Beschluss von 1992 zur Begrenzung der Schulhortplätze in den östlichen Bezirken ab sofort aufgehoben. Die Bezirke können nun entscheiden, ob sie den Grundschulkindern Hortplätze in einer Schule oder in einer Kita zur Verfügung stellen.

M. Barth

nennen sich ja nicht einfach nur Reformer, sondern Reformlinke, was die Nichtreformer, also die schlicht Linke, wiederum veranlasst, die Reformlinke Reformrechte zu nennen. Die schlägt indes zurück und nennt die Linke noch schlichter Traditionalisten. Dazwischen ist die Basis, und die hat schon furchtbare Genickschmerzen, weil sie wie beim Tischtennis ständig zwischen den linken Traditionalisten und den Reformrechten hin und her blicken muss. Und eigentlich sogar von linkshinten, von den rückwärtsgewandten Traditionalisten zu den vorwärtsgewandten Reformrechten. Tut furchtbar weh. Geht bis zum Schleudert trauma.

Aber das wäre nicht so schlimm, sagen da die linkest Reformrechten, das kriegen wir alles wieder hin mit unserer Aktion „zweite Erneuerung“. Da ginge es richtig rund, sozusagen 'ne Runderneuerung. Bloß ich habe Angst, dass die Partei da nicht mehr durch'n Tüff kommt.

*Text von Peter Tepper,
Kabarett „Cartoon“*

Berliner PDS aktuell

Die innerparteiliche Kommunikation gilt häufig – moderat formuliert – als verbesserungswürdig. Deshalb arbeiten der PDS-Landesvorstand und die PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus derzeit an modernen Konzepten, die helfen sollen, Informationen schneller auszutauschen.

Eine Variante sind „newsletters“ (Informationsbriefe), die aus aktuellen Anlässen verbreitet werden.

Inzwischen gibt es in fast allen Basisorganisationen Internet-Nutzer. Sie sollten helfen, diese Informationen unter die Genossen, Sympathisanten und Bürger zu bringen ... An die „newsletters“ gelangt man über die Homepage der Berliner PDS: www.pds-berlin.de.

Die Autoren werden sich bemühen, verständlich zu argumentieren und übersichtlich zu bleiben. Hinweise, Kritiken und Wünsche sind natürlich wie fast immer erwünscht. Sie sind gut aufgehoben, wenn sie an folgende Adresse gerichtet werden:

- presse@pds-berlin.de oder
- kathi.seefeld@pds.parlament-berlin.de

Die PDS informiert

■ Michael Meister ist aus persönlichen Gründen aus dem Bezirksvorstand der PDS Lichtenberg ausgeschieden. Er war von der Hauptversammlung im Januar gewählt worden. Der Bezirksvorstand dankt ihm für seine Mitarbeit. Entsprechend dem Wahlergebnis rückt für ihn Horst Grützke aus der Basisorganisation 310 (Hohenschönhausen) nach.

Die nächste Tagung der 2. Hauptversammlung Ende des Jahres muss entsprechend Beschluss der Hauptversammlung über die Anzahl der Mitglieder des Bezirksvorstandes zur Sicherung der Mindestquotierung zwei Frauen als Mitglieder des Bezirksvorstandes nachwählen.

■ „info links“ hat die Erreichbarkeit von Gesine Löttsch, des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion sowie die Öffnungs- bzw. Sprechzeiten in einer Übersicht zum Ausschneiden (siehe Seite 8) zusammengefasst. Bitte beachten Sie, dass die Öffnungszeiten der PDS-Geschäftsstelle in der Alfred-Kowalke-Straße 14 geringfügig geändert wurden.

■ „info links“ erscheint wieder nach der Sommerpause am 4. September. Die „Landesinfo“ gibt es im Juli und August nicht.

Wolfgang Schmidt



Selbstbewusst, sozial & solidarisch

■ Bezirksvorstand:

Alfred-Kowalke-Str. 14, 10315 Berlin

Öffnungszeiten: Mo. und Mi.

10–17 Uhr, Di. und Do. 13–20 Uhr,
Fr. 10–14 Uhr (sowie nach Vereinbarung)

Fon: 512 20 47, 512 30 94,

Fax: 5165 9242

E-Mail: lichtenberg@pds-berlin.de

Internet: www.pds-lichtenberg.de

■ Fraktion in der BVV:

Möllendorffstr. 6, 10367 Berlin

Sprechzeiten: 1. und 3. Dienstag,
16–18 Uhr

Fon und Fax: 559 23 07

Mail: fraktion@pds-lichtenberg.de

Internet:

www.pds-lichtenberg.de/fraktion/

■ Bundestagsabgeordnete

Gesine Löttsch:

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fon: 2277 1787, **Fax:** 2277 6070

Mail: gesine.loetzsch@bundestag.de

Internet: www.gesine-loetzsch.de

Bundestagsbüro: Ahrenshooper

Straße 5, 13051 Berlin

Öffnungszeiten: Mo. 12–18 Uhr,

Di. 12–20 Uhr, Mi./Do. 10–18 Uhr,

Freitag 10–14 Uhr (sowie nach Vereinbarung)

Fon: 9927 0725, **Fax:** 9927 0726

Mail: wahlkreis@gesine-loetzsch.de



Info links

Herausgeber:

PDS-Bezirksverband Lichtenberg
Redaktionskollektiv, v. i. S. d. P. Manfred Niklas

Adresse der Redaktion:

Geschäftsstelle der PDS
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47

Fax: 030/51 65 92 42

E-mail: lichtenberg@pds-berlin.de

Web: www.pds-lichtenberg.de

Hände weg von Kuba! Schluss mit der Blockade!
Free The Cuban Five!



50. Jahrestag
des Sturmes auf die Moncada

Die Kuba-Solidaritätsbewegung und die Botschaft
der Republik Kuba laden alle Freundinnen und
Freunde Kubas ein zur traditionellen

Fiesta de Solidaridad

Sonnabend, 26. Juli 2003,
14–21.30 Uhr

im Stadtpark Lichtenberg
(Parkaue), 10367 Berlin

(S- und U-Bahnhof Frankfurter Allee oder
Tram 23 und 17 bis Rathaus Lichtenberg

Solidaritätstombola, Kinderfest, Infos, Mojito,
Gäste aus Kuba und ein Weltmusikfestival
www.cuba-si.org; Tel.: 030-24 009 455

Garten öffnen

Nach der Ruine des Palastes der Republik sollte auch der seit Jahren gesperrte 22.000 m² große Garten am ehemaligen Staatsratsgebäude als grüne Oase der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Das könnte Berlins Mitte unabhängig von ihrer abschließenden Gestaltung ohne finanziellen Mehraufwand neu beleben. Die PDS unterstützt den Senat bei Bemühungen, sich mit dem Bund als Eigentümer über eine schnelle unbürokratische Öffnung zu verständigen. *C. Freundl, stellv. Fraktionsvorsitzende der PDS*

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion.

Redaktionsschluss: 5.7.2003

Redaktionssitzungen für die Ausgabe 7/2003:
12.8. und 26.8.2003, jeweils 16 Uhr
Redaktionsschluss für Ausgabe 7/03: 25.8.2003
Die nächste Ausgabe erscheint am 4.9.2003.

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann

Die Herstellung dieser Zeitung wird durch
Spenden finanziert.

Da muss ich hin!

■ Sonntag, 13.7., 10 Uhr*

Lichtenberger Sonntagsgespräch:
„Gedankenaustausch über die außerordentliche Tagung des 8. Bundesparteitages der PDS“, mit H. Nick, E. Faude und H.-J. Braun

■ Montag, 14.7., 19 Uhr

Bürgerforum: „Berliner Bankgesellschaft, Wirtschaft und Arbeitssituation in Berlin“, mit Harald Wolf, Bürgermeister und Wirtschaftssenator; Storkower Bogen, Storkower Straße 207b

■ Dienstag, 22.7., 19 Uhr

Gedenkveranstaltung zum 100. Geburtstag von Anton Saefkow; Anton-Saefkow-Bibliothek

■ Mittwoch, 27.8., 17 Uhr

BVV-Tagung, zuvor 16.30 Uhr Bürgerfragestunde; Bezirksamt, Große-Leege-Straße 103

■ Freitag, 29.8.–Sonntag, 31.8.

1. Karlshorster Sommer, Trabrennbahn

→ 29.8., 19 Uhr: Eröffnung mit den

Puhdys und Karat

→ 30.8., ab 11 Uhr: Familientag und Sommernachtsparty

→ 31.8., ab 13.30: 2. Lichtenberger Familienrentag



Termine

■ Montag, 11.8., 19 Uhr

Versammlung der PDS-Fraktion in der BVV Lichtenberg; Rathaus Lichtenberg

■ Dienstag, 12.8., 19 Uhr*

Tagung des PDS-Bezirksvorstandes

■ Dienstag, 19.8., 19 Uhr*

Beratung des Bezirksvorstandes mit den Vorsitzenden der Sprecherräte

■ Donnerstag, 25.8., 19 Uhr

Versammlung der PDS-Fraktion in der BVV Lichtenberg; Rathaus Lichtenberg

■ Dienstag, 26.8., 19 Uhr*

Tagung des PDS-Bezirksvorstandes

* Veranstaltungsort: Alfred-Kowalke-Straße 14